

Gesetze an die UN-Behindertenrechtskonvention anpassen

Resolution anlässlich der gemeinsamen Sitzung der Landesbehindertenbeiräte des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz am 31.5.2012 im Jugenddorf-Berufsbildungswerk CJD-Homburg/Saar

1. Entsprechend den Vorgaben des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-Behindertenrechtskonvention) fordern wir die Landesregierungen des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz auf, die Landesgleichstellungsgesetze für behinderte Menschen an die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen. Dabei geht es vor allem um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine barrierefreie diskriminierungsfreie Gestaltung und die Stärkung der Selbstbestimmung und der Beteiligungsrechte für behinderte Menschen, ihrer Verbände und ihrer Vertretungen.
2. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz von 2002 entsprechend der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention weiter zu entwickeln. Dabei gilt es vor allem die Rahmenbedingungen für eine verbindliche barrierefreie Gestaltung der verschiedenen Lebensbereiche auch im privaten Bereich sicher zu stellen. Vor allem muss die Definition des Behinderungsbegriffs im Sinne des sozialen Modells von Behinderung weiterentwickelt werden.
3. Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, die Arbeit des Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit (BKB) und dessen Projekte zur Umsetzung des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes und der Barrierefreiheit langfristig abzusichern.
4. Von der Bundesregierung und den Landesregierungen erwarten wir, dass diese die Reform der Eingliederungshilfe konsequent vorantreiben. Dabei muss sichergestellt werden, dass sich die Hilfen personenzentriert am Bedarf des behinderten Menschen orientieren und ein Leben mitten in der Gemeinde mit der nötigen einkommens- und vermögensunabhängigen Unterstützung ermöglicht wird.
5. Wir fordern die Kommunen und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und Verbände auf, die UN-Behindertenrechtskonvention vor Ort auch mit Hilfe von Aktionsplänen zeitnah umzusetzen.